

VON DER HAUPTVERSAMMLUNG BERICHTEN MICHAELA SPILLER, HENNER LÜTTECKE UND ULRICH LECHLEITNER



Diskussionsrunde zur Inklusion

Kann es eine inklusive Gesellschaft geben? Wie weit sind wir davon entfernt? Moderatorin Anouschka Horn lud Bezirkstagspräsident Josef Mederer, Irmgard Badura (Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung), Michael Eibl (Direktor der Katholischen Jugendfürsorge in Regensburg), Professor Reinhard Lelgemann (Lehrstuhl Sonderpädagogik und Körperbehindertenpädagogik in Würzburg) und Professor Bielefeldt (Lehrstuhl Menschenrechte und Menschenrechtspolitik in Erlangen) im Anschluss an die Fachreferate zur Diskussion. „Utopie ist die inklusive Gesellschaft nicht, wir leben sie täglich“ eröffnete Irmgard Badura die Debatte.

Einig waren sich alle Diskutanten, dass aber noch ein weiter Weg zu gehen sei, um eine inklusive Gesellschaft auch wirklich zu erreichen. Dazu gehöre, dass man etwa die Chancen der leichten Sprache nutze. „Ein einfaches Beispiel wäre, das Formular bestimmter Steuerbescheide in leichte Sprache zu übersetzen. Dies würde vielen Menschen helfen“, erläuterte Eibl. Ausdrücklich sprach er sich aber dagegen aus, alle Texte in leichte Sprache zu übersetzen. Dies würde nicht weiterhelfen. Lelgemann wies darauf hin, dass oftmals Elterninitiativen der Motor der Inklusion an Schulen seien. Notwendig sei dann aber auch die Unterstützung durch die verantwortlichen Schulämter. Hier gebe es manchmal noch Nachholbedarf. „Sozialpolitik ist immer

teuer, Geld fehlt immer“, formulierte Badura und wies zugleich darauf hin, das bereits heute viele Menschen sich an der Herkulesaufgabe „Inklusion, beispielsweise durch ein Ehrenamt beteiligen. Die Gesellschaft brauche den Mut, einfach loszugehen und mitzumachen. Auch Professor Bielefeldt warb um das Engagement aller Beteiligten, die inklusive Gesellschaft zu schaffen. „Manchmal müssen wir dafür kämpfen, manchmal auch juristisch“, so der Erlanger Wissenschaftler. Auf die finanziellen Aspekte ging Präsident Josef Mederer ein und stellte klar: „Inklusion gibt es definitiv nicht zum Nulltarif. Wir müssen in der Gesellschaft dafür werben, die notwendigen Mittel zu bekommen“, so Mederer. Rückblickend sei es daher auch ein besonderes Verdienst der Bezirke, dass sich die Gesellschaft heute intensiver mit der Inklusion auseinandersetze. Denn die Bezirke haben wichtige Impulse gesetzt. Aktiv nutzten Teilnehmer der Versammlung dann die Möglichkeit zur Aussprache. Can Sipahi, 1. Vorsitzender des Gehörlosenverbandes München und Umland, möchte gerne prüfen lassen, wie nicht behinderte Menschen Inklusion erleben. Moderatorin Horn fasste in ihrem Schlusswort die Diskussion zusammen und wies darauf hin, dass die Bezirke in den vergangenen Jahren sehr gute Arbeit geleistet und viele gute Projekte umgesetzt hätten, um eine inklusive Gesellschaft voranzubringen. **TEXT LÜTTECKE, FOTO SPILLER**

Die beiden Bezirkspolitiker erhielten die kommunale Verdienstmedaille

Auszeichnung für Mederer und Löffler

Josef Mederer kann auf ein beispielhaftes Engagement in der Kommunalpolitik auf Gemeinde-, Kreis- und Bezirksebene zurückblicken“, fasste Innenminister Joachim Herrmann das Wirken von Josef Mederer anlässlich der Verleihung der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber zusammen.

Der Altomünsterer war bis 2011 18 Jahre Bürgermeister der Gemeinde Schwabhausen im Landkreis Dachau, ist seit 1990 Mitglied des Kreistages Dachau und seit 1998 im Bezirkstag Oberbayern aktiv. Nach acht Jahren als Vizepräsident steht Mederer seit 2008 an der Spitze des größten bayerischen Bezirks und seit 2013 auch als Präsident des Bayerischen Bezirkstags, den er als versierter Verhandlungsführer verantwortungsvoll und geschickt vertritt, so Herrmann.

Besonders hervorgehoben wurde auch Mederers maßgebliche Initiative zur Einführung des Krisendienstes Oberbayern, der bundesweit einmalig sei und seine Handschrift trage.

Mit der kommunalen Ver-

dienstmedaille in Silber wurde jetzt auch der oberpfälzische Bezirkstagspräsident Franz Löffler ausgezeichnet. Er erhielt diese Auszeichnung in Würdigung seiner jahrelangen Verdienste insbesondere des Landkreises Cham sowie in seiner Funktion als Präsident des oberpfälzischen Bezirkstags. Der Bayerische Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, würdigte in seiner Laudatio Löffler als einen ebenso engagierten wie von hoher Fachkompetenz getragenen Kommunalpolitiker.

So war er von 2002 bis 2010 zunächst Bürgermeister der Stadt Waldmünchen. Im Jahre 2003 wurde er dann zunächst Bezirksrat im Bezirk der Oberpfalz und dann im Jahre 2008 der Nachfolger des damaligen Bezirkstagspräsidenten Rupert Schmid auch als Bezirkstagspräsident. Im Jahre 2010 wurde Löffler dann zum Landrat des Landkreises Cham gewählt, ein Amt, das er ebenso wie jenes des Bezirkstagspräsidenten nach wie vor inne hat.

> SUSANNE BÜLLEBACH,
ULRICH LECHLEITNER



Franz Löffler (6. von links) und Josef Mederer (8. von links) können sich über die Auszeichnung freuen.

FOTO SPILLER

Präsident Mederer zur Inklusion

„Uschätzbar wertvoll“

Inklusion bedeute für behinderte Menschen, mitten im Leben zu stehen und daran teilhaben zu können. Dazu gehöre auch eine positive Haltung und ein entsprechendes Bewusstsein der gesamten Gesellschaft. Man wisse aus vielen persönlichen Gesprächen und Begegnungen, dass Inklusion somit eine geradezu gigantische gesamtgesellschaftliche Aufgabe auf Jahrzehnte sei. Präsident Mederer ging deshalb in seiner Rede vom zweiten Tag in Würzburg auf die damit verbundenen Punkte ausführlich ein. „Inklusion geht jeden einzelnen von uns an.“

Nur wenn alle sich einbringen, kann sie auch gelingen“. Inklusion nur durch staatliche Institutionen zu erreichen, sei daher viel zu kurz gedacht. Durchgängig sei

es eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Wir als Politiker müssen uns genauso die Frage stellen, was wir machen können wie jeder Verein.“

Natürlich habe eine gelingende Inklusion auch finanzielle Herausforderungen. Ebenso wichtig sei es aber, klare Kompetenzen und Verantwortung der beteiligten Institutionen zu definieren. Vielfältige Themen gehören aus Sicht Mederers zum Thema Inklusion: Mobilität, Wohnen, Arbeiten seien hier zu nennen.

Das Ziel, die volle Teilhabe der Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben dürfe man nicht aus den Augen verlieren. Die Wünsche und Bedürfnisse der betroffenen Menschen müssten daher in den Mittelpunkt gestellt wer-

den und Gehör finden. In den vergangenen Jahren habe man Vieles erreicht, so der Tenor. Genauso wahr sei es aber, dass man noch eine lange Wegstrecke vor sich habe. Früher habe es geheißt, dass Menschen mit Behinderung sich an die Gesellschaft anzupassen haben.

Inzwischen sei es selbstverständlich, dass man die Menschen mit Behinderung aktiv einbinde. Aber nur gemeinsam sei das alles auch künftig erreichbar, so Mederer. „Wir sind alle gefordert. Jeder einzelne von uns“, appellierte der Präsident an die über 250 Teilnehmer und Delegierten der Vollversammlung. Inklusion sei für alle Beteiligten eine Bereicherung, die unschätzbar wertvoll sei.

> HENNER LÜTTECKE

Benachteiligung behinderter Menschen beenden

Forderungen verabschiedet

Bei der Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags in Würzburg verabschiedeten die Delegierten auch sozialpolitische Forderungen des Bayerischen Bezirkstags für die 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags. Die zu Ende gehende Legislaturperiode war behinderten- und pflegepolitisch insbesondere durch die Weiterentwicklung des Rechts auf Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) sowie die Reformen bei den neuen Pflegegeldgesetzen geprägt. Das alles dürfe aber nicht das Ende eines gesetzgeberischen Reformprozesses darstellen.

Angesichts dessen hat sich der Bayerische Bezirkstag in Wür-

burg mit einem Forderungskatalog von acht Punkten für die kommende Legislaturperiode mit detaillierten sozialpolitischen Forderungen für die kommende Legislaturperiode an den Deutschen Bundestag gewandt.

Bezirkstagspräsident Mederer hob innerhalb des Forderungskatalogs vor allem auch die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung in der Pflegeversicherung hervor, die beendet werden müsse. Ab dem Jahre 2020 sei durch das Bundesteilhabegesetz bei Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nicht mehr der Ort der Leistungserbringung entscheidend. Für Menschen mit Behinderung, die gleichzeitig pflegebedürftig im Sinne der ge-

setzlichen Versicherung sind, wird die personenorientierte Leistungserbringung von den Vorschriften der Pflegeversicherung nicht nachvollzogen. Die betroffenen Menschen, die behindert und pflegebedürftig sind und in Einrichtungen der Behindertenhilfe betreut werden, erhalten nach §43a SGB XI lediglich eine pauschale Abgeltung ihrer Pflegeversicherungsleistungen mit maximal 266 Euro monatlich. Dies so Mederer verstoße aber gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz und müsse aufgehoben werden. „Der Bezirkstag hält die Sonderbehandlung von Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen für diskriminierend und verfassungswidrig.“

> U. LECHLEITNER